

Bern

Berner Polizei soll mehr observieren

Terrorgefahr Geldsegen für die Berner Kantonspolizei: Der Bund finanziert neue Stellen für die Überwachung von Terrorverdächtigen und zusätzliche Staatsschutz-Mitarbeiter.

Adrian Hopf-Sulc

Wer beim Schweizer Geheimdienst arbeitet, kennt sich nicht unbedingt mit Waffen, Beschlagnahmen und Verfolgungsjagden aus. Viele Angestellte des Nachrichtendienstes des Bundes (NDB) arbeiten im Büro, am Hauptsitz des Dienstes in der Berner Papiermühlestrasse. Die Feldarbeit delegieren die Geheimdienstler gerne an ihre Kollegen in den Kantonen.

So auch an die Angehörigen des kantonalen Nachrichtendienstes Bern. Sie bilden den «Fachbereich Staatsschutz» der Kantonspolizei – und erhalten nun Verstärkung. Das ist dem Budget 2021 des Kantons Bern zu entnehmen, über das der Grosse Rat kommende Woche berät.

Gegen die Aufstockung bei den Berner Schlapphüten wird es im Rat kaum Opposition geben. Denn sie ist kostenneutral. Gemäss dem Vorschlag 2021 kauft der Nachrichtendienst des Bundes beim Kanton Leistungen im Umfang von zehn Vollzeitstellen ein.

Drei der neuen Stellen werden direkt beim Staatsschutz angesiedelt, wie die kantonale Sicherheitsdirektion auf Anfrage bekannt gibt. Damit wird die Abteilung künftig 18 Vollzeitstellen zählen. Bei den restlichen sieben neuen Stellen handle es sich um den «Einkauf von zusätzlichen polizeilichen Observationsleistungen durch den Bund».

Eine Million Franken mehr

Bereits dieses Jahr hat der NDB seinen jährlichen Beitrag um 300'000 Franken auf 1,75 Millionen Franken erhöht. Mit diesem Betrag finanziert der Bund die künftig 18-köpfige Staatsschutzabteilung bei der Kantonspolizei praktisch vollständig. Für die sieben neuen Observationsstellen fliesst nun zusätzlich eine Million Franken pro Jahr an den Kanton. Auch andere Kantone kommen neu in den Genuss solcher Beiträge.

Die Berner Kantonspolizei verfügt bereits über eine Abteilung für Observationen. «Es handelt sich dabei um ein Dezernat, welches innerhalb der Kriminal-



Islamisten im Visier? Die Beschatter der Berner Kantonspolizei erhalten nächstes Jahr Verstärkung. (Symbolbild) Foto: Ennio Leanza (Keystone)

polizei in einer der vier Spezialfahndungen angesiedelt ist», schreibt die Medienstelle der Polizei auf Anfrage. Wie viele Personen dort beschäftigt sind, bleibt «aus polizeitaktischen Gründen» geheim. Es handle sich «grossmehrerheitlich um Mitarbeitende mit Polizeistatus und mehrjähriger Berufserfahrung».

Und wer oder was soll künftig observiert werden? Darüber schweigt sich die Sicherheitsdirektion aus. NDB-Sprecherin Isabelle Graber verweist lediglich auf die gesetzlichen Aufgaben des Nachrichtendienstes, darunter die Früherkennung und Bekämpfung von Terrorismus und von gewalttätigem Extremismus.

Den einzigen konkreten Hinweis liefert das kantonale Budget 2021: Die vom NDB eingekauften Leistungen befänden

sich «im Bereich Antiterror». Das erstaunt Reto Müller, Lehrbeauftragter für Sicherheits- und Polizeirecht an der Universität Basel, nicht: In den letzten Jahren habe der Nachrichtendienst seine Einschätzung der Sicherheitslage in der Schweiz geändert. «Lange standen hier eher die Terrorisfinanzierung und logistische Aktivitäten von Islamisten im Vordergrund.» Inzwischen schliesse der NDB jihadistisch motivierte Terroranschläge in der Schweiz nicht mehr aus.

Besonders die Jihad-Rückkehrer, die etwa in Syrien für den sogenannten Islamischen Staat (IS) gekämpft hatten, würden als problematisch eingestuft, sagt Sicherheitsexperte Müller. Und: «Die Überwachung solcher Personen ist sehr personalintensiv.» Für die Rund-um-die-Uhr-Über-

wachung einer Person benötigten die Behörden bis zu 20 Beteiligte.

Bieler Jihad-Hotspot

Mit den islamistischen Kreisen in Biel verfüge der Kanton Bern über einen «radikalen Hotspot», schrieb der Szenekenner und Tamedia-Reporter Kurt Pelda Anfang Monat in der «SonntagsZeitung». Bekannt ist, dass der Bieler Prediger Abu Ramadan die Aufmerksamkeit des NDB auf sich gezogen hatte. Zudem standen junge Männer aus der Region Biel in Kontakt mit dem mutmasslichen Deutschlandchef des IS. Weiter ist wohl auch die Zentrale des Islamischen Zentralsrats in Bümpliz auf dem Radar des Geheimdienstes.

Das 2016 vom Stimmvolk angenommene neue Nachrichtendienstgesetz gibt dem NDB neue

Möglichkeiten im Bereich der Telefon- und Datenüberwachung. Die entsprechenden Abhöraktionen finden zentral beim nationalen Nachrichtendienst statt. Dort wird der Stellenbestand in den nächsten Jahren um 100 auf über 400 Stellen erhöht.

Die kantonalen Geheimdienst-Ableger hingegen erledigen Rechercheaufträge für den NDB. Dafür können sie die Datenbanken von Kantonspolizei und Kantonsverwaltung durchforsten. Die Schnittstelle zu den Kantonen sei für den Nachrichtendienst durchaus wichtig, sagt Jurist Reto Müller: Die dortigen Beamten könnten die Verhältnisse vor Ort besser einschätzen und den Austausch mit lokalen Behörden wie etwa Migrationsämtern intensiver pflegen.